

NACHRICHTEN

**Letztes Urteil im Streit um Gebietsreform in Rheinland-Pfalz**

Koblenz. Die juristische Auseinandersetzung des höchsten Gerichts in Rheinland-Pfalz mit kommunalen Zwangshochzeiten ist mit einem letzten Urteil abgeschlossen worden. Der Verfassungsgerichtshof (VGH) in Koblenz winkle den einzigen noch anhängigen Fall durch und erklärte das Landesgesetz zur Eingliederung der Stadt Herdorf in die Verbandsgemeinde Daaden (Kreis Altenkirchen) für verfassungsgemäß, wie das Gericht am Mittwoch mitteilte (Az.: VGH N 9/14 und VGH N 13/14). Damit lehnte es die Normenkontrollanträge der Gemeinden ab. Die Vorgabe des Landes, dass Verbandsgemeinden nunmehr mindestens 12 000 Einwohner haben sollen, sei in einem »rationalen Abwägungsprozess« ermittelt worden, argumentierten die Richter. Die Eingliederung habe die kommunalen Selbstverwaltungsgarantie verletzt. Das kommunal sehr kleinteilige Rheinland-Pfalz hatte aus Spargründen etliche Gemeinden zum Zusammenschluss gezwungen. Letztlich war nur eine Klage dagegen erfolgreich: 2015 hoben die höchsten Richter im Land den Zusammenschluss der Gemeinde Maikammer mit Edenkoben im Kreis Südliche Weinstraße auf. Im Prinzip stuften sie aber die Gebietsreform als verfassungsgemäß ein. *dpa/nd*

**Werften-E-Mails gehen im April an U-Ausschuss**

Schwerin. Der E-Mail-Verkehr zwischen der SPD/CDU-Landesregierung in Schwerin und den 2012 pleitegegangenen P+S-Werften in Stralsund und Wolgast werden dem Untersuchungsausschuss des Landtags voraussichtlich im April zur Verfügung gestellt. Mecklenburg-Vorpommerns Justizministerin Uta-Maria Kuder (CDU) geht laut einem der dpa vorliegenden Schreiben an den Ausschuss davon aus, dass die E-Mails spätestens in der 16. Kalenderwoche (18. bis 22. April) übermittelt werden. Die Opposition im Landtag war für die von ihr gewünschte Auswertung dieses E-Mail-Verkehrs bis vor das Landesverfassungsgericht gezogen. LINKE und Grüne erhoffen sich neue Erkenntnisse über die Geschehnisse in den Jahren 2010 bis zur Pleite der Schiffbaubetriebe im Jahr 2012, mit der das Land als größter Gläubiger rund 270 Millionen Euro verloren hat. SPD- und CDU-Vertreter in Schweriner Untersuchungsausschuss hatten eine Auswertung der Mails als überflüssig abgelehnt, sich aber schließlich dem Urteil der Greifswalder Richter vom Februar gebeugt. *dpa/nd*

**Stadt Erfurt: Umbau des Stadions wird teurer**

Erfurt. Der Umbau des Steigerwaldstadions in Thüringens Landeshauptstadt Erfurt zur Multifunktionsarena wird nun wohl doch teurer als bisher geplant. Für die bestehende Westtribüne würden die Bauplaner nun umfangreichere Sanierungsarbeiten empfehlen, als bisher vorgesehen, teilte die Stadtverwaltung am Mittwoch mit. Es gehe um die Elektronanlage sowie Heizung, Klima, Sanitär. Ein Gutachten soll Klarheit über mögliche Mängel in dem Bereich bringen. Derzeit seien die entstehenden Mehrkosten dadurch nicht zu beziffern, sagte ein Sprecher der Stadt Erfurt auf Anfrage. Ergebnisse des Gutachtens würden in etwa acht Wochen erwartet. Spekulationen über einen drohenden Abriss der Tribüne seien »zum jetzigen Zeitpunkt unseriös«. Es bleibt nach Angaben der Stadtverwaltung beim 31. Juli 2016 als Fertigstellungstermin für die Multifunktionsarena. Für das Projekt wurden bisher Gesamtkosten von rund 39 Millionen Euro veranschlagt. *dpa/nd*

**Unkrautjäger im Anmarsch**



Rennigen. Ein Mitarbeiter des Bosch-Konzerns steht auf einem Feld in Rennigen in Baden-Württemberg neben dem Agrarroboter Bonirob. Die Roboter sind noch im Entwicklungsstadium, 2018 könnten sie kommerziell auf den Markt kommen. Sie fahren über ein Feld und können dabei automatisch erkennen, welche Pflanze eine Nutzpflanze ist und was Unkraut. Mit seiner Metallstange rammt der Roboter dann jedes Unkraut in den Boden, der Einsatz von Pflanzengiften ist verzichtbar. Der Bonirob kommt ohne Fahrer aus. *dpa/nd* Foto: dpa/Daniel Mauer

**Wo Regen zum Verwässern der Lauge fehlt**

Kaum Regen bedeutet wenig Wasser in der Werra. Das zwingt jetzt den Kaliproduzenten K+S, die Produktion in zwei Werken – in Thüringen und Hessen – zeitweise einzustellen.

Untereibach. Der Kali-Produzent K+S stoppt wegen Entsorgungsproblemen vorübergehend ab 1. April seine Produktion im thüringischen Untereibach und im hessischen Hattorf. Grund seien fehlende Niederschläge und dadurch ein zu niedriger Wasserstand der Werra. Deshalb könne derzeit weniger Salzabwasser aus der Produktion in den Fluss geleitet werden, wie K+S bereits am Dienstag mitteilte. Betroffen seien knapp 1000 Mitarbeiter. In Thüringen würden rund 300 Beschäftigte in Kurzarbeit geschickt, sagte ein K+S-Sprecher auf Anfrage.

In Hessen seien etwa 650 Mitarbeiter an den Standorten Hattorf und der Grube Hattorf-Wintershall betroffen. Für alle werde Kurzarbeit in Anspruch genommen. Am Standort Wintershall könnte die Produktion zunächst fortgesetzt werden. Wann sie auch an den anderen Standorten wieder aufgenommen werde, hänge vom Wetter ab, sagte ein K+S-Sprecher. »Wir hoffen auf stärkere Niederschläge.« Wie hoch die finanziellen Ausfälle sein könnten, lasse sich derzeit nicht beziffern.

In Thüringen handelt es sich um Beschäftigte aus der Kali-Produktion des Werks Untereibach, aber auch um Bergleute in der stillgelegten Grube Merkers. Dort werden Sicherungsarbeiten in der Tiefe ausgeführt. Um die Hohlräume zu stabilisieren, würden Rückstände aus der Produktion eingesetzt. Wenn nicht produziert werde, müssten auch diese Arbeiten ruhen, sagte der Sprecher. K+S beschäftigt in Untereibach nach eigenen Angaben rund 800 Mitarbeiter.

Aus dem Werk werden Produktionsabwässer nicht direkt in die Werra eingeleitet. K+S verfügt nach eigenen Angaben unter anderem in der Nähe von Untereibach über ein sogenanntes Rückhaltebecken, das mehrere 100 000 Kubikmeter Produktionsabwasser vorübergehend aufnehmen kann.

Der Kali-Konzern darf derzeit wegen einer Übergangserlaubnis nur sehr begrenzt und bis Ende des Jahres Salzabwasser in tiefe Gesteinsschichten versenken. Die Entsorgung muss seitdem eng an der Wasserführung der Werra ausgerichtet werden. Über die Verlängerung der Versenkenehmigung bis zum Jahr 2021 will das Regierungspräsidium Kassel in den nächsten Monaten entscheiden.

Indessen drängt der Kalikonzerne die Behörden: Der Entsorgungsweg werde »dringend benötigt«, teilte das Unternehmen mit. Es sei für das Werk Werra – dazu gehört unter anderem Untereibach – »sehr wichtig, so schnell wie möglich eine ausreichende dimensionierte Versenkenehmigung zu erhalten«, sagte der Geschäftsführer der K+S KALI GmbH, Rainer Gerling. *dpa/nd*

**Großer Bahnhof für alle**

In Leipzig-Plagwitz machen Bürger ein früheres Bahngelände zum neuen Stadtteilpark

**Lange Jahre lag die Fläche am Plagwitzer Güterbahnhof brach, vor einem Jahr kaufte die Stadt Leipzig das Areal endlich. Enthusiasten entwickelten den »Bürgerbahnhof« inzwischen zum Anziehungspunkt.**

Von Heidrun Böger, Leipzig

Draußen mit anderen Kindern werkeln, im Gemeinschaftsgarten etwas anpflanzen oder mit anderen am Felsen klettern – und das alles mitten in der Großstadt? Geht das? In der sächsischen Messestadt Leipzig ja. Die Initiative »Bürgerbahnhof« Plagwitz macht es möglich. In enger Zusammenarbeit mit der Stadt gestalten Enthusiasten das ehemalige Bahngelände am Güterbahnhof als neuen Stadtteilpark.

Begonnen hat alles schon vor sieben Jahren, erzählt Thorsten Mehnert (55) von der Stiftung »Ecken wecken«. Damals wollten ein paar engagierte Leipziger die große Brachfläche am Plagwitzer Bahnhof im Westen der Stadt für alle nutzbar machen. Das Areal stand zum Verkauf. Doch erst nach Jahren wurden sich Stadt Leipzig und Deutsche Bahn handelseinig. Vor einem Jahr verkaufte die Bahn 8,3 Hektar für 400 000 Euro. Thorsten Mehnert: »Von Seiten der Stadt gab es früh Signale, dass man unser Projekt durch den Flächenkauf unterstützen möchte.« Zwischenzeitlich hatte es jedoch Gerüchte gegeben, dass Immobilienentwickler Inte-

resse an dem innerstädtischen Areal hätten. Über die Jahre gab es Gleisparzelle und Bürgerfrühstücke. Mehnert: »Wir blieben einfach immer dran.« Jetzt – nach dem Grundstückskauf – geht es Schlag auf Schlag. Ein Boulderfelsen für Sportkletterer wurde bereits eingeweiht. Der Spielplatz »Wilder Westen« zieht hierher. Er existiert bereits seit sechs Jahren als freier, pädagogisch betreuter Bau- und Aktivspielplatz mit Holz-, Lehm- und Weidenbau sowie Gärten und Werkstätten. Gedacht ist er für Kinder zwischen 6 und 13 Jahren.

Es wird einen Ballspielplatz geben, weitere Wegeverbindungen und einen 6,5 Hektar großen urbanen Wald. Das Kultur- und Stadtfest »Westbesuch«, das es schon seit Jahren im

Leipziger Westen gibt, fand im Dezember 2015 erstmals am Bahnhof Plagwitz statt: Reichlich Platz für Musik, Theater, Vereine und Initiativen und Gelegenheit, Kunst, Trödel, Altes, Neues oder Selbstgestaltetes und Zeitloses zu kaufen und zu verkaufen.

Bürgergärten sind ebenso geplant wie ein Obstthain (Stichwort: »Essbare Stadt«). Jetzt im Frühjahr beginnt die eigentliche Gartenarbeit: Pflanzen weiterer Obstbäume; Anlegen von Hochbeeten, einer Kräuterschnecke, eines Erlebnispfades sowie eines Insektenhotels. Toralf Zinner vom Projekt Bürgergärten: »Die Gruppe ist für weitere Mitmach-Interessenten offen.« Es gibt gemeinsame Bereiche wie Wege und Sitzgelegenheiten, aber auch individuelle Flächen für Grup-

pen oder Einzelpersonen. Geplant sind ein Bahnwaggon und eine Sommerdusche aus einer alten Dampflok-Befüllanlage. »Innerhalb wöchentlich festgeschriebener Zeiten«, sagt Zinner, »kann jeder auf unsere Fläche kommen, mitmachen oder sich einfach nur erholen.« Die Projektgruppen arbeiten unter dem Dach der Initiative Bürgerbahnhof Plagwitz zusammen. Laut Thorsten Mehnert von der Stiftung »Ecken Wecken« gibt es »etwa 40 engagierte Leute, alles läuft ehrenamtlich«. Im Projektteam Bahnhof Plagwitz trifft man sich regelmäßig mit den beteiligten Ämtern der Stadt und bespricht das weitere Vorgehen.

»Es soll auch ein Experimentierfeld sein für neue Ideen im Quartier. Was geht, was ist sinnvoll?«, so Mehnert. Sie wollen nicht weniger als einen lebendigen Ort für die Leipziger. Unterstützt von der Stadtverwaltung. In Leipzig regiert die LINKE mit, stellt zwei Bürgermeister. Der Stadtrat hatte mit einem Rahmen- und Bebauungsplan die Basis für die Entwicklung einer grünen Lunge zwischen Naumburger Straße und Lokschuppen nahe der Schwarzstraße gelegt.

Das alles kostet Geld. Boden musste ausgetauscht, Strom und Wasser zur Verfügung gestellt werden. Es brauchte Einfriedungen und Wegeverbindungen. Leipzig investierte 870 000 Euro. 93 000 Euro bringt die Stadt selbst auf, das Gros kommt von der EU. Im Gegenzug verpflichten sich die Projekte, offen zu sein für alle.



Lennart vor dem neuen Spielplatz am Bürgerbahnhof Plagwitz Foto: Heidrun Böger

**Mehr Mischwald in Bayern – Industrie muss sich umstellen**

Laubhölzer haben aus konstruktiver Sicht einige Nachteile, sagen die Experten: Etwa eine geringere Standfestigkeit

**Mit mehr Laubbäumen wollen die Bayerischen Staatsforsten den Wald für den Klimawandel fit machen. Das bedeutet aber auch eine Umstellung für die Industrie.**

München. Die Bayerischen Staatsforsten schlagen mit dem zunehmenden Umbau zu Mischwäldern weniger Holz als früher. Bisher seien mehr als fünf Millionen Kubikmeter Holz jährlich aus den bayerischen Staats-

wäldern geholt worden, nun seien es auf Dauer weniger als fünf Millionen Kubikmeter, sagte Sprecher Philipp Bahnmüller. Über sechs Millionen Kubikmeter Holz wachsen im Jahr im Staatswald nach. Dies wird seit langem nicht ausgeschöpft. Laubbäume wachsen zudem langsamer als Fichten und können somit nicht so rasch geschlagen werden.

Der Umbau der Wälder mit mehr Laubbäumen und Tannen soll die Be-

stände für den Klimawandel stärken. »Der Sturm Niklas hat bewiesen, dass große flächige Fichtenwälder je nach Standort leichter umgeworfen werden.« Auch Schädlinge hätten in Monokulturen leichteres Spiel. »Wenn ich nur Fichten habe, hat der Borkenkäfer optimalen Lebensraum.« Gerade der Borkenkäfer macht den Waldbesitzern nach dem heißen Sommer und dem milden Winter in diesem Jahr Sorgen. Die geringere Zahl an Fichten

bedeutet für die Industrie eine Umstellung. Laubhölzer haben aus konstruktiver Sicht Nachteile, etwa eine geringere Standfestigkeit. Sie sind damit schlechter geeignet als Baumaterial. »Nadelhölzer haben dafür im Verhältnis bessere stoffliche Eigenschaften.« Ein Buchensägwerk arbeite deshalb mit einer neuen Technik, mit der Buchenholzfurniere zusammengeleimt werden, um so bessere konstruktive Eigenschaften zu er-

reichen. Gerade im Holzbau registrieren die Staatsforsten steigende Nachfrage.

Die geringere Einschlagmenge geht laut Bahnmüller auch darauf zurück, dass die Staatsforsten aus Rücksicht auf die Natur Totholz im Wald lassen. »Wir sagen ganz bewusst: Das lassen wir im Wald.« Umweltschützer hatten dem Unternehmen gerade bei alten Baumbeständen rücksichtslosen Einschlag vorgeworfen. *dpa/nd*